**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich Umwelt und Technik	Drucksachen-Nr. 604/2008	
Beschlussvorlage	☒ Öffentlich	
	☐ Nichtöffentlich	
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	30.10.2008	Entscheidung

Tagesordnungspunkt A 18

Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch (BauGB) für die Erschließungsanlage Nußbaumer Bungert im Wege der Kostenspaltung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden Beschluss:

@->

Die Erschließungsanlage Nußbaumer Bungert ist gemäß § 8 Abs. 1 und 2 der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Stadt Bergisch Gladbach vom 25.07.1988 (EBS) in der Fassung der II. Nachtragssatzung vom 13.11.1993 in den Teileinrichtungen Freilegung, Mischfläche, Beleuchtung, Entwässerung und Begrünung endgültig hergestellt. Die Kosten des Grunderwerbs werden zu einem späteren Zeitpunkt abgerechnet.

<-@

Sachdarstellung / Begründung:

@->

Die Erschließungsanlage Nußbaumer Bungert ist mit Ausnahme der Teileinrichtung Grunderwerb endgültig hergestellt. Ein Teilstück der ausgebauten Erschließungsanlage im Bereich der Kurve östlich der Hausnummer 8 (Teilstück aus der Parzelle Gemarkung Paffrath, Flur 3, Flurstück 4531, Flächeninhalt ca. 9 m²) befindet sich noch in privatem Eigentum.

Ursprünglich sollte der gesamte Grunderwerb für die im Bebauungsplan Nr. 1334 T.2 - Nussbaum Südl. Teil – festgesetzten Verkehrsflächen im Rahmen des entsprechenden Umlegungsverfahrens kostenfrei erfolgen. Der damalige Eigentümer der Parzelle Gemarkung Paffrath, Flur 3, Flurstück 4531 war jedoch im Umlegungsverfahren nicht kooperativ, so dass die Fläche nicht erworben werden konnte. Ein Teilstück aus der Parzelle im Kurvenbereich östlich der Hausnummer 8 wurde dennoch entsprechend den Vorgaben des Bebauungsplans als Verkehrsfläche ausgebaut. Zwischenzeitlich hat ein Eigentümerwechsel stattgefunden. Es werden kurzfristig erneut Grunderwerbsverhandlungen aufgenommen werden. Der Ausgang ist derzeit jedoch nicht abzusehen, ebenso der zeitliche Rahmen.

Der Erwerb sämtlicher für den Ausbau in Anspruch genommener Straßenflächen ist gemäß § 8 Abs. 1 Buchstabe a) der städtischen Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (EBS) Herstellungsmerkmal und damit grundsätzlich zwingende Voraussetzung für die Abrechnung. Eine Ausnahme hiervon ist nur im Wege der Kostenspaltung gemäß § 7 EBS möglich. Daher ist die Abrechnung der bereits entstandenen Aufwendungen im Wege der Kostenspaltung geboten. Die Beiträge können so noch im Jahre 2008 haushaltswirksam vereinnahmt werden. Anderenfalls wird sich die Refinanzierung des bisherigen Aufwandes um unbestimmte Zeit verzögern.

Gemäß § 7 EBS obliegt dem Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr die Beschlussfassung über die Kostenspaltung.

<-@